

# Nachrichten aus dem *netz*



ZUSAMMENFASSUNG DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN ARMUTSNETZWERKS

Nr 106 | MAI - JUNI | 2004

Leitartikel

## Europawahl: Verschaffen Sie sich Gehör!

**D**ie Abschlusserklärungen des jüngsten Frühjahrsgipfels beinhalteten folgende Verpflichtung: „Strategien, die einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von sozialer Ausgrenzung und Armut leisten, müssen verstärkt werden.“ Das ist eine frohe Botschaft für die 68 Millionen Menschen, die in der EU der 25 Mitgliedstaaten täglich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Dieselben Schlussforderungen geben aber keine Empfehlung ab, wie diese schönen Worte in die Tat umzusetzen sind; ganz im Gegenteil enthalten sie einen Ansatz, der Beschäftigungs- und Sozialschutzpolitik dem Wirtschaftswachstum unterordnet, das – wie das EAPN argumentiert – nicht unbedingt eine gesunde Gesellschaft kennzeichnet und nicht immer für alle Menschen von Nutzen ist.

Die Europawahl bietet uns die Möglichkeit, darüber zu diskutieren, was für eine Europäische Union wir möchten. Das EAPN spricht in seinem Manifest zur Europawahl konkrete Vorschläge für Maßnahmen aus, die die EU-Strategie zur sozialen Eingliederung und die Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedstaaten beim Kampf gegen Armut und Ausgrenzung stärken würden. Dieser Wahlkampf sollte genutzt werden, um von Kandidaten und politischen Parteien zu erfahren, was sie von den Vorschlägen des EAPN halten und welche Maßnahmen sie selbst vorschlagen, um die oben zitierten schönen Worte in eine greifbare Realität umzusetzen.

Der Wahlkampf zur Europawahl sollte auch eine Vision der EU-Erweiterung bieten, die sich auf echte Verpflichtungen stützt und nicht nur auf schöne Reden am 1. Mai. Diese Vision sollte darauf abzielen, eine Gesellschaft aufzubauen, die allen Menschen der erweiterten EU soziale Gerechtigkeit und Zugang zu Grundrechten bietet.

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Verschaffen Sie Ihrer Stimme Gehör, um die Europäische Union zu schaffen, die Sie möchten.

Fintan Farrell  
Vorsitzender des EAPN

## SCHWERPUNKT EUROPAWAHL

### INHALT

#### Europawahl 2004

- „Armut ist nicht unvermeidlich“:  
Manifest des EAPN zu den Wahlen  
des Europäischen Parlaments 2004 **2**
- Kampagne des EAPN ..... **2**
- Fünf Herausforderungen für die fünf  
kommenden Jahre ..... **3**
- Was macht das Europäische  
Parlament? ..... **4**
- „Reise nach Jerusalem“: So sieht  
die Sitzverteilung aus ... ..... **4**
- Die parlamentarischen Ausschüsse .. **5**
- Wie sehen die wirtschaftlichen und  
sozialpolitischen Prioritäten aus?:  
Die Manifeste von vier Fraktionen  
im Vergleich ..... **6**
- Sieben Fraktionen ..... **6**
- Ein Parlament mit besserer  
Gleichstellung? ..... **7**
- Interview mit der Europaabgeordneten  
Ilda Figueiredo ..... **8**
- Interview mit Sergio Aires,  
EAPN Portugal ..... **9**
- Interview mit Ivo Slosarčík,  
‘Europeum’ Institut für Europapolitik,  
Prag ..... **10**

#### Nachrichten aus den Niederlanden

- Sozialschutzsystem in Gefahr ..... **11**
- Niederländische Präsidentschaft:  
Was steht auf der Speisekarte? .... **11**
- Das „Niederländische Modell“:  
Top oder Flop? ..... **12**



## Die Kampagne des EAPN

Das EAPN stand nicht nur als unbeteiligter Zuschauer an der Seitenlinie. Das Netzwerk hat eine eigene umfangreiche Kampagne gestartet, die seine Standpunkte ins Rampenlicht rückt. Einige Beispiele:

- Das Manifest des EAPN zur Europawahl – weit verbreitet und in zehn Sprachen erhältlich unter [www.eapn.org](http://www.eapn.org).
- Eine Postkarte mit dem Slogan „68 Millionen Menschen sind von Armut betroffen ... Ist das die Europäische Union, die wir wollen?“ – Tausende dieser Postkarten wurden in verschiedenen Sprachen innerhalb Europas verschickt.
- Es wurden Kontakte zu den europäischen Fraktionen geknüpft, um die Standpunkte des EAPN bekannt zu machen, die auf dem Manifest beruhen, das den Fraktionen zugeschickt wurde.
- Diese Spezialausgabe von *Nachrichten aus dem Netz* möchte nicht nur den Standpunkt des EAPN darlegen, sondern auch die Wahlversprechen der wichtigsten Fraktionen im Europäischen Parlament miteinander vergleichen. Diesen Vergleich finden Sie auf den Seiten 6 und 7.

## Armut ist nicht unvermeidlich!

In der erweiterten EU sind zur Zeit 68 Millionen Menschen von Armut betroffen. Im Vorfeld der Europawahl skizziert das EAPN ein Europa der echten Solidarität.

**A**rmut ist nicht unvermeidlich. Unter diesem Slogan hat das EAPN eine Kampagne zur Europawahl im Juni 2004 gestartet, die anmahnt, dass viele Millionen Menschen im neuen Europa der 25 Mitgliedstaaten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Mit einem Manifest und einer in verschiedenen Sprachen erhältlichen Postkarte möchte das EAPN darauf hinweisen, dass eine Politik der gesellschaftlichen Solidarität in den Bereichen Sozialschutz, Beschäftigung und Zugang zu Rechten, Gütern und Dienstleistungen sowohl Zahlen als auch das Leben der Menschen verändern kann! Die Europawahl 2004 ist eine gute Gelegenheit, eine demokratische Debatte darüber zu führen, was für ein Europa wir wollen. Eine Europäische Union, die ihren Bürgerinnen und Bürgern nahe sein will, darf nicht nur Vorschriften wirtschaftlicher und technischer Art haben, sondern muss sich auf soziale Werte und demokratische Teilhabe gründen.

### Ein entscheidender Zeitpunkt in der europäischen Geschichte

Die Wahl im Juni 2004 findet zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der europäischen Geschichte statt, d.h. direkt nach der größten Erweiterung, die die Europäische Union jemals erlebte, und inmitten des Verhandlungsprozesses zu einem Verfassungsvertrag.

Die Wahl findet auch zu einem Zeitpunkt statt, wo der Einfluss des Europäischen Parlaments im Entscheidungsprozess gegenüber den beiden anderen wesentlichen EU-Institutionen - der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union - gestärkt wird. Die Ergebnisse dieser Wahl werden sich auf die künftige Europäische Kommission und insbesondere auf die Wahl des Präsidenten der Kommission auswirken.

Während der Legislaturperiode des jetzigen Parlaments wurden wichtige Schritte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unternommen, einschließlich der Annahme einer EU-Strategie zur sozialen Eingliederung, die auf nationalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung basiert. Trotz dieser Fortschritte ist der Weg zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa noch weit ...

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen als Volksvertreter sicherstellen, dass sie die Interessen aller EU-BürgerInnen bzw. BewohnerInnen repräsentieren und verteidigen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen gesellschaftliche Solidarität und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda der EU erhalten.

### Wichtige Fragen für den Wahlkampf

Diese Wahlkampagne und die damit verbundene öffentliche Diskussion bieten eine besondere Gelegenheit zum Abbau der Entfremdung, die viele EU-Bürgerinnen und Bürger bzw. in der EU lebende Menschen gegenüber der EU spüren. Ferner können Themen angesprochen werden, die dazu beitragen, die EU den Menschen näher zu bringen. Dieser Wahlkampf stellt nicht nur eine große Herausforderung für die Kandidatinnen und Kandidaten dar sondern – und das ist vielleicht noch wichtiger – auch für jene, die für die öffentlichen Diskussionen rund um die Wahl zuständig sind, insbesondere die Medien.

In seinem Manifest wünscht das EAPN, dass folgende Fragestellungen im Wahlkampf angesprochen werden:

**Politik, die auf gesellschaftlicher Solidarität beruht, kann Zahlen und Leben verändern!**

In seinem Manifest wünscht das EAPN, dass folgende Fragestellungen im Wahlkampf angesprochen werden:

1. **57 Millionen Menschen sind in der EU der 15 Mitgliedstaaten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen und in den neuen Mitgliedstaaten weitere 11 Millionen.**

Was sind die strukturellen Ursachen hierfür in einer Europäischen Union, die doch zu den reichsten Regionen dieser Welt gehört? Wie kann die EU ein Gleichgewicht zwischen ihren sozialen, umweltpolitischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen herstellen, damit Institutionen und Maßnahmen geschaffen werden können, die im Dienste der Menschen und unseres Planeten stehen?

2. **Wirtschaftswachstum ist keine Garantie gegen Armut und soziale Ausgrenzung.**

Wirtschaftswachstum wird häufig als zentrales Ziel der Europäischen Union genannt. Doch Wirtschaftswachstum kennzeichnet nicht unbedingt eine gesunde Gesellschaft und ist nicht immer für alle Menschen von Nutzen. Es ist auch keine Garantie für mehr bzw. bessere Arbeitsplätze oder eine gerechte Einkommensverteilung. Vielmehr werden die Investitionen in Menschen häufig Zielen des Wettbewerbs und der Rentabilität unterworfen.

### 3. In zahlreichen EU-Mitgliedstaaten sind Zugang und Qualität der erhältlichen Dienstleistungen abhängig von der Höhe des Einkommens und nicht von der Umsetzung von Grundrechten.

Was bedeutet es angesichts dieser Umstände, das europäische Sozialmodell zu verteidigen? Welche Auswirkungen hat die Privatisierung „öffentlicher“ Güter und Dienstleistungen? Akzeptieren weite Teile der Bevölkerung die Gefahr, zu verarmen oder den Zugang zu wesentlichen Gütern und Dienstleistungen einzubüßen oder haben sie einfach nur den Glauben an die Fähigkeit der Politiker und Regierungen verloren, mit dieser Realität umzugehen?

#### Sechs Forderungen vor der Europawahl

Wenn es zur Debatte um ein soziales Europa im Rahmen der Europawahl kommen soll, dann müssen die politischen Parteien und Gruppierungen folgende Forderungen berücksichtigen:

1. **Wahrung der sozialen Fortschritte, die durch das Konvent über die Zukunft Europas und die Regierungskonferenz für den EU-Verfassungsvertrag erzielt wurden**, insbesondere Einbeziehung der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung in alle Politikbereiche (*mainstreaming*), Aufnahme der Grundrechte-Charta und Anerkennung des zivilen Dialogs.
2. Schaffung **einer Europäischen Union, die sich auf den Zugang aller Menschen zu den Grundrechten gründet**, ebenso wie auf ein Modell nachhaltiger Entwicklung und eine soziale Marktwirtschaft, die auf gesellschaftliche Solidarität ausgerichtet ist; einer Union, die ein Gleichgewicht zwischen sozialen, umweltpolitischen, beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Zielen herstellt und darauf achtet, dass sich dieses Gleichgewicht in den institutionellen Vereinbarungen und in den politischen Prioritäten widerspiegelt, die alljährlich beim Frühjahrsgipfel und im Rahmen der Strukturfondsvereinbarungen werden.
3. Förderung **einer gestärkten europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung** mit dem Ziel, einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 zu leisten durch:
  - die Festlegung eines übergeordneten EU-weiten Ziels zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung, ergänzt durch geeignete Unterziele,
  - die Stärkung der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung auf der Grundlage von EU-Richtlinien und Empfehlungen,
  - ein überarbeitetes Aktionsprogramm gegen soziale Ausgrenzung, das die Erweiterung der Europäischen Union berücksichtigt,
  - die Einrichtung eines europäischen Observatoriums für Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure,
  - die Entwicklung eines besseren Zusammenspiels der Strategien zur sozialen Eingliederung und zur Beschäftigung und
  - durch die Orientierung künftiger Strukturfondsprogramme an der Eingliederungsstrategie einschließlich der Sicherung des Zugangs für Nichtregierungsorganisationen, die in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung tätig sind.
4. Die Umsetzung von Ansätzen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die den **multidimensionalen Charakter von Armut und Ausgrenzung** berücksichtigen – Armut ist nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern umfasst Aspekte wie Zugang zu angemessenem Wohnen, qualitative Gesundheitsversorgung, Zugang zu Pflege für Kinder und ältere Menschen, Gelegenheiten für lebenslanges Lernen oder kulturelle Teilhabe... und muss auf das eingehen, was Menschen in Armut und Ausgrenzung selbst über ihre Realität ausdrücken.
5. Die Ausgestaltung der **Sozialschutzsysteme**, einschließlich der individuellen Grundsicherung, sodass alle über ein Einkommen verfügen, das ein Leben in Würde ermöglicht; die Entwicklung von EU-Mindestnormen im Hinblick auf soziale Sicherung und auf den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.
6. Die Weiterentwicklung wirkungsvoller Strategien der Europäischen Union zur Bekämpfung von **Diskriminierung**, die eine Ursache für Ausgrenzung ist. Dies betrifft Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Abstammung, der Religion, der sexuellen Ausrichtung, des Alters oder einer Behinderung. Weitere europäische Richtlinien sind erforderlich, um Gleichheit zu fördern und Diskriminierung abzubauen. Dies muss durch Programme finanziell unterstützt werden, die Innovation und transnationale Zusammenarbeit zu diesen Themen fördern.

## FÜNF HERAUSFORDERUNGEN

Die Legislaturperiode 2004-2009 wird für die EU von entscheidender Bedeutung sein, wenn es darum geht, den folgenden zentralen Herausforderungen zu begegnen:

1. Schaffung eines „sozialen Europas“: Das Europäische Parlament spielt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung, dass die EU-Politik positive soziale Auswirkungen hat, insbesondere in Bezug auf eine gerechte Reform der Sozialschutzsysteme und eine nachhaltige Entwicklung.
2. Eine Stärkung der Strategie von Lissabon: Bei der Halbzeitbewertung dieser Strategie im Frühjahr 2005 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Aufgabe, die Regierungen für ihre Maßnahmen in die Pflicht zu nehmen, die einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut bis 2010 leisten sollen.
3. Die Förderung weiterer Antidiskriminierungsgesetze, um eine wirksame Politik der Gleichheit der Geschlechter weiterzuentwickeln sowie die Förderung einer auf Rechten basierenden Migrations- und Integrationspolitik.
4. Sicherzustellen, dass die künftigen Strukturfondsprogramme 2007-2012 an der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung orientiert und den NRO zugänglich sind.
5. Sicherzustellen, dass die Bürger ein Mitspracherecht haben: Europaabgeordnete können viel dazu beitragen, dass der Stimme der Zivilgesellschaft in der Europapolitik Gehör verschafft wird.

Quelle: Act4Europe „toolkit“ (Handbuch) unter <http://act4europe.horus.be/module/FileLib/EPElectionsPartI-III.pdf>



Foto: EC

## „Reise nach Jerusalem“

Zum Zeitpunkt der Wahl im Juni 2004 hat das Europäische Parlament 626 Abgeordnete. Durch den Vertrag von Nizza wird diese Zahl auf 732 Abgeordnete ansteigen, wenn die Europäische Union um die zwölf Länder erweitert wird, mit denen sie verhandelte (also den zehn neuen Mitgliedsstaaten plus Rumänien und Bulgarien). Da Rumänien und Bulgarien nicht zur ersten Welle der Beitrittsländer gehören, werden 50 Sitzplätze (33 für Rumänien und 17 für Bulgarien) zwischen den 25 Mitgliedsstaaten aufgeteilt.

Für die Legislaturperiode 2004-2009 sieht die Verteilung der 732 Sitze folgendermaßen aus:

- Deutschland: 99
- Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich: 78 (anstatt wie bisher 87)
- Spanien, Polen: 54 (anstatt 64 für Spanien)
- Niederlande: 27 (anstatt 31)
- Belgien, Griechenland, Portugal, Ungarn, Tschechische Republik: 24 (anstatt 25 für Belgien, Griechenland und Portugal)
- Schweden: 19 (anstatt 22)
- Österreich: 18 (anstatt 21)
- Dänemark, Finnland, Slowakei: 14 (anstatt 16 für Dänemark und Finnland)
- Irland, Litauen: 13 (anstatt 15 für Irland)
- Lettland: 9
- Slowenien: 7
- Zypern, Estland, Luxemburg: 6
- Malta: 5

Vermutlich wird das Parlament 2009-2014 mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens mehr oder weniger zu der im Vertrag von Nizza festgelegten Sitzverteilung zurückkehren.

# Was macht das Europäische Parlament?

Das Europäische Parlament wurde als Stimme der Menschen in der EU geschaffen. Seine Funktion als europäische Institution ist jedoch häufig eher unbekannt. Im Folgenden wird die Rolle und Funktionsweise des Europäischen Parlaments kurz dargestellt.

**D**ie Europawahl vom 10. bis 13. Juni 2004 (je nach Land) findet - nach der EU-Erweiterung am 1. Mai diesen Jahres - in allen 25 Mitgliedstaaten statt. Das bedeutet, dass 732 Europaabgeordnete gewählt werden, gemäß einer Sitzverteilung, die im Vertrag von Nizza festgelegt wurde. Diese Sitzverteilung reicht von 5 Sitzen für Malta bis 99 Sitze für Deutschland (siehe Kasten S. 4).

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden alle fünf Jahre im Rahmen allgemeiner und direkter Wahlen und gemäß dem Grundsatz der proportionalen Repräsentation gewählt. Da es an einem einheitlichen europäischen Wahlrecht mangelt, geschieht dies nach den jeweiligen nationalen Wahlordnungen, mit regionalen Listen wie beispielsweise in Italien und dem Vereinigten Königreich, auf interregionaler Ebene, wie in Frankreich, mit nationalen Listen wie in Dänemark, Spanien und Luxemburg oder mit einem gemischten System wie in Deutschland.

### Wie alles begann ...

Im Juni 1979 wurde das Europäische Parlament erstmals gewählt. Zunächst ein rein beratendes Gremium erhielt es in der Folgezeit schrittweise durch eine ganze Reihe von Verträgen zunehmende Befugnisse, sodass es heutzutage neben den beiden anderen Seiten des „institutionellen Dreiecks“ – der Europäischen Kommission und dem Rat – eine bedeutende politische Rolle spielt.

Insbesondere die Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) haben es in eine echte gesetzgebende Versammlung verwandelt, die Aufgaben wahrnimmt, die mit denen der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer vergleichbar sind. So erlässt es z.B. heutzutage die meisten europäischen Gesetze gemeinsam mit dem Ministerrat im Rahmen der sogenannten „Mitentscheidung“ (siehe unten).

### Wie arbeitet das Parlament?

Das europäische Parlament ist die einzige Institution der Europäischen Union, die öffentlich tagt und berät. Die

europäischen Abgeordneten tagen eine Woche pro Monat in Straßburg (**Plenartagung**); zusätzlich finden regelmäßig zweitägige Plenartagungen in Brüssel statt. Zwei Wochen pro Monat tagen die parlamentarischen Ausschüsse in Brüssel. Die verbleibende weitere Woche ist den Fraktionssitzungen vorbehalten.

Die große Mehrheit der Abgeordneten gehört einer multinationalen **Fraktion** an. Zur Zeit sind im Europäischen Parlament sieben Fraktionen vertreten. Außerdem gibt es einige Abgeordnete, die fraktionslos bleiben. Bevor Berichte der parlamentarischen Ausschüsse im Plenum diskutiert und abgestimmt werden, werden sie in Arbeitskreisen der Fraktionen erörtert, häufig mit dem Ergebnis, dass Änderungsanträge im Plenum vorgelegt werden. Fraktionen spielen auch eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Tagesordnung und der Auswahl der aktuellen Fragen für die Plenarsitzungen.

Die 17 (demnächst 20) **parlamentarischen Ausschüsse** (siehe Kasten S. 5) bereiten die Arbeiten des Plenums des Europäischen Parlaments vor. Die Ausschüsse entwerfen und übernehmen Berichte zu legislativen Vorschlägen und Berichte aus eigener Initiative. Sie bereiten auch Stellungnahmen für andere parlamentarische Ausschüsse vor. Neben diesen ständigen Ausschüssen kann das Parlament auch nichtständige Ausschüsse und Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Das europäische Parlament ist die einzige Institution der Europäischen Union, die öffentlich tagt und berät

### Die drei Befugnisse des Parlaments

Das Europäische Parlament besitzt – so wie jedes nationale Parlament – drei zentrale Befugnisse:

#### 1. Gesetzgebungsbefugnisse

Das normale Gesetzgebungsverfahren ist das der Mitentscheidung. Als gleichberechtigte Partner erlassen Rat und Parlament gemeinsam die von der Kommission vorgeschlagenen Gesetze. Ohne das Parlament geht nichts in Europa. Die Mitentscheidung gilt in den Bereichen Freizügigkeit von Arbeitnehmern, Umwelt, Beschäftigung, Bildung, Kultur, soziale Ausgrenzung, Gesundheit usw. Das Verfahren der Mitentscheidung umfasst eine, zwei oder drei Lesungen im Europäischen Parlament.

Der Amsterdamer Vertrag hat nicht nur die Mitentscheidungsbefugnis des Europäischen Parlaments gestärkt, sondern ihm auch ein Initiativrecht zugestanden. Das Europäische Parlament nimmt oft Berichte an, die die Politik der Union in eine bestimmte Richtung lenken und die Europäische Kommission zum Handeln auffordern sollen. Auf Gesetzgebungsebene ist die parlamentarische Arbeit wie folgt organisiert:



- Das Europäische Parlament wird mit einem Gesetzgebungsvorschlag der Europäischen Kommission befasst. Der Vorschlag wird an einen federführenden und an mitberatende Ausschüsse überwiesen, die ihrerseits Berichte erstellen.
- Die Abgeordneten – und die beratenden Ausschüsse – können Änderungsanträge zu dem ausgearbeiteten Bericht einreichen; dieser wird anschließend, gegebenenfalls mit Änderungen, vom federführenden Ausschuss angenommen.
- Der Bericht wird nun von den Fraktionen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen politischen Orientierung geprüft;
- Der Bericht wird im Plenum debattiert. Vom federführenden Ausschuss und den Fraktionen können weiterhin Änderungsanträge eingereicht werden. Dann erfolgt das abschließende Votum des Plenums.

## 2. Die Haushaltsbefugnisse

Das Europäische Parlament und der Rat bilden die Haushaltsbehörde. Anders gesagt: Sie teilen sich die Haushaltsbefugnis ebenso wie die Gesetzgebungsbefugnis. Die Beschlüsse des Parlaments werden vom Haushaltsausschuss in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen vorbereitet.

Im Dezember eines jeden Jahres beschließt das Europäische Parlament den Haushalt der Union für das kommende Jahr. Im Rahmen des jährlichen Haushaltsplans hat das Parlament bei den meisten Ausgaben das letzte Wort: Dies gilt z.B. für die Ausgaben zugunsten der am meisten benachteiligten Regionen, zugunsten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. Bei den Agrarausgaben kann das Parlament Änderungen vorschlagen, doch liegt hier die letzte Entscheidung beim Rat.

Das Parlament kann den Haushalt ablehnen, wenn es der Auffassung ist, dass dieser nicht den Bedürfnissen der Union entspricht. In diesem Fall muss das Haushaltsverfahren von vorn beginnen.

## 3. Kontrollbefugnisse

Das Europäische Parlament übt ganz allgemein die politische Kontrolle über sämtliche Tätigkeiten der Europäischen Union aus. Diese Befugnis, die ursprünglich ausschließlich die Tätigkeit der Kommission betraf, wurde auf den Ministerrat und die Gremien der Außen- und Sicherheitspolitik ausgeweitet. Um die Wahrnehmung dieser Befugnis zu erleichtern, kann das Parlament (nichtständige) Untersuchungsausschüsse einsetzen. Es hat dies mehrfach getan, vor allem in der Folge des Rinderwahns. Die Untersuchung hat zur Schaffung einer europäischen Veterinäragentur geführt (European Veterinary Agency in Dublin). Auch die Gründung des Europäischen Amtes für

Betrugsbekämpfung (OLAF) ging auf die Initiative des Europäischen Parlaments zurück.

Das Europäische Parlament spielt auch eine maßgebliche Rolle bei der Einsetzung der Kommission. Es ratifiziert die Ernennung des Kommissionspräsidenten, führt Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder durch und entscheidet anschließend darüber, ob es der Kommission insgesamt sein Vertrauen ausspricht oder nicht. Außerdem hat das Parlament das Recht, der Kommission im Laufe der Amtszeit sein Misstrauen auszusprechen: Die Annahme eines Misstrauensantrags, für die es die absolute Mehrheit der Abgeordneten und zwei Drittel der abgegebenen Stimmen bedarf, zwingt die Kommission zum Rücktritt. Allerdings hat das Parlament bislang noch keinen Misstrauensantrag angenommen. Schon die Androhung dieses Mittels hat aber in der Vergangenheit eine äußerst abschreckende Waffe dargestellt.

Im Rahmen der politischen Alltagsarbeit übt das Parlament die Kontrolle über die Kommission mittels einer großen Anzahl von Berichten aus, die von der Kommission vorgelegt werden und die die Umsetzung politischer Maßnahmen, Gesetze oder den Haushalt betreffen. Außerdem richten parlamentarische Ausschüsse, Fraktionen oder Abgeordnete mündliche oder schriftliche Anfragen an den Rat oder die Kommission (von diesen Anfragen gibt es jährlich mehr als 5000).

Der Vorsitzende des Ministerrats legt dem Europäischen Parlament Rechenschaft ab über das Programm und die Bilanz der halbjährlichen Ratspräsidentschaft, über die Ratstagungen sowie über den Stand der Gesetzgebungsarbeiten. Der Rat ist auch bei Tagungen der parlamentarischen Ausschüsse vertreten sowie manchmal auf ministerieller Ebene.

## Eine wachsende politische Rolle

Zusammen mit der Ausweitung der Mitentscheidung hat das Parlament auch dadurch größere Schlagkraft erworben, dass es regelmäßig Entschlüsse zu Themen der EU-Außenpolitik und den Menschenrechten in der Welt annimmt. So hat das Parlament etwa eine Reihe von Finanzprotokollen mit Drittländern abgelehnt und diese Länder dadurch gezwungen, politische Häftlinge freizulassen oder internationale Verträge zum Schutz der Menschenrechte zu unterzeichnen.

Außerdem erfordern jeder neue Beitritt eines Staates zur Europäischen Union und der Abschluss internationaler Übereinkommen die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Quelle: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

## DIE PARLAMANTARISCHEN AUSSCHÜSSE

Zur Zeit bereiten 17 parlamentarische Ausschüsse die Arbeiten des Plenums des Europäischen Parlaments vor. Diese Zahl wird in der Legislaturperiode 2004-2009 wahrscheinlich auf 20 ansteigen. Gegenwärtig gibt es folgende Ausschüsse:

1. Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrecht, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik
2. Haushalt
3. Haushaltskontrolle
4. Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten
5. Wirtschaft und Währung
6. Recht und Binnenmarkt
7. Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie
8. Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
9. Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik
10. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
11. Fischerei
12. Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr
13. Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport
14. Entwicklung und Zusammenarbeit
15. Konstitutionelle Fragen
16. Rechte der Frau und Chancengleichheit
17. Petitionsausschuss

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist für Fragen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zuständig (insbesondere soziale Ausgrenzung, Wohnungspolitik und den Europäischen Sozialfonds) und für alle Aspekte der Diskriminierung. Außerdem überwacht er, wie laufende Ausgaben, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, verwendet werden.

## Sieben Fraktionen

### **EVP – ED – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten**

Sitze (1999-2004): 231

Website: [www.epp-ed.org](http://www.epp-ed.org)

Die EVP ist eine bunte Truppe aus Christdemokraten, britischen Konservativen und der Partei von Silvio Berlusconi.

### **PSE – Sozialdemokratische Partei Europas**

Sitze (1999-2004): 173

Website: [www.pes.org](http://www.pes.org)

Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien.

### **LDPE – Liberale und Demokratische Parteien Europas**

Sitze (1999-2004): 52

Website: [www.eldr.org](http://www.eldr.org)

Zusammenschluss der Liberalen und der Reformparteien. Zu den Mitgliedern gehört Pat Cox, der gegenwärtige Präsident des Europäischen Parlaments.

### **VEL/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke**

Sitze (1999-2004): 48

Website: [www.europarl.eu.int/gue](http://www.europarl.eu.int/gue)

Eine Fraktion von kommunistischen Parteien und skandinavischer Umweltschützer.

### **Grüne/EFA – Grüne/Freie Europäische Allianz**

Sitze (1999-2004): 44

Website: [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)

Eine Fraktion von Umweltschützern und regionalistischer Parteien.

### **UEN – Union für das Europa der Nationen**

Sitze (1999-2004): 23

Website: [www.europarl.eu.int/uen](http://www.europarl.eu.int/uen)

Eine Fraktion populistischer und auf Eigenstaatlichkeit bestehender Parteien.

### **EDU – Fraktion für das Europa der Demokratie und der Unterschiede**

Sitze (1999-2004): 18

Website: [www.eddgroup.com](http://www.eddgroup.com)

Zusammenschluss von Parteien, die gegen jedwede künftige europäische Integration und Zentralisierung sind.





Eine umfassende, nach Ländern geordnete Kontaktliste der zur Wahl stehenden Parteien, die auch die Fraktionen nennt, der die Parteien angeschlossen sind, finden Sie im 'Act4Europe' toolkit (Handbuch):

<http://act4europe.horus.be/module/FileLib/EPelectionsPartIV-Partycontacts.pdf>

## Wie sehen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Prioritäten aus?

Der folgende Vergleich der politischen Manifeste gibt einen kleinen Überblick über die wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritäten von vier der wichtigsten Fraktionen im Europäischen Parlament:

Die folgenden Fraktionen im Europäischen Parlament:

	<b>Armut/ soziale Ausgrenzung</b>	<b>Wirtschaftspolitik/ Steuern</b>	<b>Beschäftigung</b>
<b>EVP-ED</b> 	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Betonung des gesellschaftlichen Fortschritts und der Solidarität</li> <li>■ Förderung der Chancengleichheit</li> <li>■ Vorstellung von einer menschlichen Gesellschaft, die vom Christentum und der Aufklärung geprägt ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum; sie ist vor allem eine politische Gemeinschaft von Bürgern und Nationen</li> <li>■ Soziale Marktwirtschaft, die auf persönlicher Freiheit und sozialer Verantwortung beruht.</li> <li>■ Schwergewicht liegt auf Wirtschaftswachstum, das auf Wettbewerbsgeist, freiem Unternehmertum und einer stabilen Währung basiert</li> <li>■ Abbau von Handelsschranken und Öffnung von Märkten</li> <li>■ Förderung der Forschung im Bereich neuer Technologien</li> <li>■ Entwicklung einer Wirtschaft, die auf Wissen beruht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Arbeit</li> <li>■ Schaffung</li> <li>■ Förderung</li> <li>■ Beschäftigung</li> <li>■ Arbeitsplätze</li> </ul>
<b>PSE</b> 	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Aktive Politik der sozialen Eingliederung und Integration, insbesondere für Einwanderer</li> <li>■ Förderung der Solidarität zwischen reichen und armen Regionen</li> <li>■ Politik der weltweiten Entwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Soziale Marktwirtschaft</li> <li>■ Soziale Gerechtigkeit kommt vor freiem Wettbewerb (kein „Sozialdumping“)</li> <li>■ Wirtschaftswachstum, das für die Bürger arbeitet</li> <li>■ Reform des Stabilitäts-, Wachstums- und Beschäftigungspakts</li> <li>■ Investitionen in Forschung und Technologie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Schaffung</li> <li>■ Arbeitsplätze</li> <li>■ Förderung</li> <li>■ Beschäftigung</li> <li>■ Arbeitsplätze</li> </ul>
<b>LDPE</b> 	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Alle Bürger vor Armut und Ausgrenzung schützen</li> <li>■ Bildung als Instrument zur Armutsbekämpfung</li> <li>■ Bekämpfung der Armut unter alleinerziehenden Müttern</li> <li>■ Hilfe auf die ärmsten Gebiete und Regionen konzentrieren</li> <li>■ Hilfe für Entwicklungsländer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Reform der europäischen Wirtschaft zur Schaffung eines unternehmerischen Umfelds</li> <li>■ Eine echter und wettbewerbsfähigerer Binnenmarkt mit niedrigeren Preisen</li> <li>■ Deregulierung des Marktes</li> <li>■ Steuerlicher Wettbewerb kann gesund sein, solange es keine „große Regierung“ gibt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Mehr</li> <li>■ Förderung</li> <li>■ Beschäftigung</li> <li>■ Arbeitsplätze</li> </ul>
<b>Grüne</b> 	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Schwerpunkt liegt auf sozialer Eingliederung und effizienten öffentlichen Dienstleistungen für alle</li> <li>■ Abbau physischer Schranken sowie Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen</li> <li>■ Sicherstellen, dass die soziale Eingliederung durch den Einsatz von EU-Mitteln garantiert wird</li> <li>■ Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Entwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Wirtschafts- und Wettbewerbsregeln für soziale und umweltpolitische Ziele einsetzen</li> <li>■ Steuerdumping stoppen</li> <li>■ Einführung einer Art Tobin-Steuer auf Kapitalflüsse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Arbeit</li> <li>■ Beschäftigung</li> <li>■ Förderung</li> <li>■ Arbeitsplätze</li> </ul>

Anmerkung: Da nicht alle Fraktionen gleiches Interesse an der Verabschiedung eines europäischen Manifests zeigten, beruht dieser Vergleich auf Dokumenten, deren Länge, Inhalt und Verabschiedung unterschiedlich sind.

Beschäftigung	Sozialschutz	Bürgerrechte/Maßnahmen gegen Diskriminierung
<p>Arbeitslosigkeit ist „ungerecht“, ihr Konsequenzabbau ist die „beste Sozialpolitik“</p> <p>Schwerpunkt liegt auf freiem Unternehmertum, Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht auf „bürokratischem“ Eingreifen von Seiten des Staates.</p> <p>Schwerpunkt auf Ausbildung und Mobilität für junge Leute</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Effiziente nationale Sozialversicherungssysteme</li> <li>■ Langfristige Sicherung der Renten- und Gesundheitssysteme</li> <li>■ Reform und Konsolidierung der Sozialversicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Konzept einer Europäischen Union, die für die Menschen arbeitet</li> <li>■ Betonung von Freiheit, Frieden und Sicherheit</li> <li>■ Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen</li> </ul>
<p>Schaffung von mehr bzw. neuen hochwertigen Arbeitsplätzen</p> <p>Förderung eines modernen Bildungswesens und lebenslanges Lernen (Internetzugang für alle bis zum Jahr 2012)</p> <p>Umsetzung der Lissabonner Strategie, soziale Investitionen für Beschäftigung (Beschäftigungsrate von 70 %)</p> <p>Nutzung von EU-Mitteln zur Schaffung von Arbeitsplätzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Erhaltung, Stärkung und Modernisierung des europäischen Sozialmodells (ein adäquates Sozialschutzniveau sicherstellen)</li> <li>■ Herausforderungen angehen, die sich aus einer immer älter werdenden Bevölkerung ergeben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die EU-Institutionen für die Bürger transparenter und verständlicher machen</li> <li>■ Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsfindung</li> <li>■ Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, insbesondere am Arbeitsplatz</li> <li>■ Sicherstellen, dass Migranten ihre Bürgerrechte und sozialen Rechte ausüben können</li> <li>■ Bekämpfung aller Arten von Diskriminierung</li> <li>■ Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf allen Ebenen</li> </ul>
<p>Neue und bessere Arbeitsplätze</p> <p>Förderung der Bildung</p> <p>Erhöhung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>Erhöhung der Mobilität</p> <p>Beschäftigungspolitik für Einwanderer</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Rolle der EU ist auf Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte reduziert</li> <li>■ Schaffung sicherer und nachhaltiger Rentensysteme</li> <li>■ Verfolgung einer Politik des „aktiven Alterns“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Garantierte Grundrechte für alle, einschließlich Asylsuchender, Einwanderer und Minderheiten</li> <li>■ Bekämpfung aller Arten von Diskriminierung</li> <li>■ Öffnung und Demokratisierung der EU-Institutionen</li> </ul>
<p>Arbeitsplatzsicherheit und angemessene Mindestlöhne</p> <p>Erhöhung der Arbeitszeiteilung</p> <p>Erhöhung der Beschäftigung von Frauen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Stärkung der Sozialschutzsysteme</li> <li>■ Gerechte Renten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Garantierte Rechte für alle, insbesondere für Frauen und Minderheiten</li> <li>■ Die EU transparenter und demokratischer machen, insbesondere für die Zivilgesellschaft und die NRO</li> <li>■ Gleichheit der Geschlechter in alle Politikbereiche einbeziehen</li> <li>■ Wer fünf Jahre legal in der EU lebte, muss die Möglichkeit haben, EU-Bürger zu werden</li> <li>■ Langjährigen Migranten ohne Papieren die Möglichkeit zum legalen Aufenthalt geben</li> </ul>

Schiedsverfahren von Fraktion zu Fraktion unterschiedlich sein können.

## EIN PARLAMENT MIT BESSERER GLEICHSTELLUNG?

Mit 195 weiblichen Abgeordneten von insgesamt 626 (31,2%) ist das Europäische Parlament noch weit von der Gleichstellung der Geschlechter entfernt, gleichzeitig aber auch „weiblicher“ als die meisten nationalen Parlamente: Nur die Parlamente von Dänemark und Finnland (37%), Schweden (45 %) und den Niederlanden (33%) zeigen eine bessere Frauenquote, während Frankreich (9%), Griechenland und Italien (10%) das Schlusslicht bilden.

In der Legislaturperiode 1999-2004 sah die Frauenquote im Europäischen Parlament nach Mitgliedstaat folgendermaßen aus (in absteigender Reihenfolge): Frankreich (45%), Finnland (44%), Schweden (41%), Belgien (40%), Österreich (38 %), Dänemark (37,5%), Deutschland (37%), Irland, Luxemburg und Spanien (33%), Niederlande (29%), Portugal (28%), Vereinigtes Königreich (24%), Griechenland (16%), Italien (11,5%).

Die Frauenquote in den Beobachtungsdelegationen der neuen Mitgliedstaaten sah folgendermaßen aus: Slowakei (38%), Lettland (33%), Zypern und Polen (17%), Tschechische Republik (12,5%), Ungarn (12,5%), Litauen (8%). Die übrigen drei Länder (Estland, Malta und Slowenien) hatten keine weiblichen Delegationsmitglieder.

Bis zur Gleichstellung ist es also noch ein weiter Weg. Die Ergebnisse der Europawahl werden zeigen, wie weit ihn das Europäische Parlament schon gegangen ist ...

## „Wir brauchen einen Pakt für sozialen Fortschritt und Beschäftigung“

### Bald eine europäische Partei der äußersten Linken?

Elf kommunistische und links stehende sozialistische Gruppierungen trafen sich am 11. Januar 2004 in Berlin, um die Gründung einer „Partei der europäischen Linken“ zu fordern, deren Ziel es ist, die „Klammer des Profits und den Würgegriff der kapitalistischen Macht herauszufordern“.

Einige der europäischen Abgeordneten dieser Parteien waren bereits in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke zusammengeschlossen, ihre Parteien bildeten aber keine europäische Partei. Der Vertrag von Nizza bildete die Grundlage für die rechtliche Anerkennung solcher Parteien, und der Rat bestimmt die Regeln für ihre Einteilung und Finanzierung (2003 wurde die jährliche Gesamtfinanzierung der europäischen Parteien auf 8,4 Milliarden Euro festgesetzt; die Unterstützung hing davon ab, dass eine Partei mindestens 3 % der Stimmen in einem Viertel der EU-Staaten für sich verzeichnen konnte).

Wir sprachen mit Ilda Figueiredo, Mitglied der kommunistischen Partei Portugals, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und portugiesische Spitzenkandidatin für die Europawahl.

**EAPN: Im Gegensatz zu anderen Fraktionen hat die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke kein Manifest veröffentlicht. Woran liegt das?**

**Ilda Figueiredo:** *Unsere Fraktion ist keine Partei im eigentlichen Sinne. Einige Parteien der Fraktion (\*) haben sich jedoch auf eine gemeinsame Plattform für die Europawahl geeinigt, und diese entspricht auch den Standpunkten, die ich als Abgeordnete des Europäischen Parlaments vertreten habe.*

**Wie bewerten Sie den Wahlkampf in Portugal?**

*Es ist ein harter Wahlkampf. Die Medien werden hauptsächlich von Unternehmen geleitet und spenden der Europawahl zu wenig Aufmerksamkeit. In einer wirtschaftlich schwierigen Zeit mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kann die öffentliche Meinung in Richtung eines Euro-Skeptizismus gelenkt werden, mit geringem Interesse an dieser Wahl. Ich betreibe einen aktiven Wahlkampf, der zeigt, wie wichtig diese Wahl ist.*

**Wie kann die Europawahl Ihrer Meinung nach dazu beitragen, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen?**

*Wir sind der Meinung, dass zuallererst für eine Reform der EU-Wirtschafts- und Währungspolitik gekämpft werden muss. Wir schlagen vor, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt des freien Marktes durch einen Pakt für sozialen Fortschritt und Beschäftigung ersetzt wird. Die Umsetzung der Lissabonner Strategie bedarf einer Überarbeitung, damit der Kampf gegen Ausgrenzung zur Priorität wird.*

*Unerlässlich ist auch, öffentliche Investitionsausgaben zu verstärken und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu schaffen, die für alle zugänglich sind, und zwar in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, lebenslangem Lernen, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Kultur. Außerdem brauchen wir einen garantierten Zugang zu guten Arbeitsplätzen mit Arbeitsrechten. Stellt man die Menschen in den Mittelpunkt, so beinhaltet dies auch eine echte Gleichstellung von Männern und Frauen und eine nachhaltige Integration von Menschen mit Behinderungen sowie von Einwanderern. Eines unserer Ziele ist auch, dafür zu kämpfen, dass mehr Gelder in die Sozialpolitik fließen.*

**Wie möchten Sie verhindern, dass durch die Erweiterung eine Sozialpolitik der zwei Geschwindigkeiten entsteht?**



*Ilda Figueiredo, Spitzenkandidatin der kommunistischen Partei Portugals*

*Auch hier hilft nur eine angemessene Finanzierung. Die von der Kommission vorgeschlagenen finanziellen Perspektiven gehen nicht weit genug; die reichsten Länder müssen eine Übereinkunft akzeptieren, die die Entwicklung eines größeren sozialen Zusammenhalts ermöglicht, und zwar nicht nur in den neuen Ländern sondern auch in Ländern wie etwa Portugal, die von Armut und Arbeitslosigkeit stark betroffen sind.*

**Wie sehen Sie die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung und Umsetzung der Sozialpolitik?**

*Zur Zeit gibt es eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft, doch diese reicht noch nicht aus. Die Kommission, der Rat, das Europäische Parlament und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen sich noch mehr am Kampf gegen Ausgrenzung beteiligen, und nicht nur durch praktische Maßnahmen und effiziente Haushaltspläne sondern auch durch die Einbeziehung der relevanten NRO in den gesamten Prozess.*

*Interview: Claire Champeix*

*(\*) Französische Kommunistische Partei, Partei des Demokratischen Sozialismus (Deutschland), Synaspismos (Griechenland), Partei der italienischen Kommunisten, Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Italien), Kommunistische Partei Luxemburgs, Kommunistische Partei Portugals, Vereinigte Linke (Spanien).*



## „Eine Gelegenheit, Armut sichtbar zu machen...“

Portugal hat eine der höchsten Armutsraten in der EU. Wie kann man die Gelegenheit, die die Europawahl bietet, beim Schopf packen um diese Problematik anzugehen? Interview mit Sergio Aires, EAPN Portugal.

### **EAPN: Wissen Menschen, die in Portugal von Armut betroffen sind, von dieser Wahl?**

**Sergio Aires:** Die meisten von Armut betroffenen Menschen wissen, dass eine Wahl ansteht, haben aber andere „Prioritäten“. Laut einer Untersuchung, die die Zeitung „Público“ am 21. März veröffentlichte, hungern in Portugal 200.000 Menschen, und etwa 2 Millionen Menschen leben in Armut (20 % der Bevölkerung). Berücksichtigt man dann noch die angestiegene Arbeitslosenquote – von 4 % auf 7 % im Jahr 2003 (etwa 500 000 Menschen) – so ist es nicht verwunderlich, dass unter diesen Umständen Menschen, die von Armut betroffen sind, die Europawahl als nebensächlich betrachten.

### **Was haben das EAPN Portugal und andere Akteure unternommen, um die Wahl ins Bewusstsein zu rücken?**

Im Rahmen der vom EAPN Europa geleiteten europäischen Kampagne hat das EAPN Portugal zusammen mit weiteren NRO eine recht erfolgreiche Informationskampagne ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, Armut und soziale Ausgrenzung auf die politische Agenda zu bringen und diese Phänomene in den Medien präsent zu machen.

Das EAPN Portugal hat das Manifest des EAPN an alle politischen Parteien und gegenwärtigen Europaabgeordneten verschickt. Ende April fand ein Seminar statt, das vom nationalen Parlament zusammen mit einer NRO-Kontaktgruppe organisiert wurde, bei der das EAPN Portugal aktives Mitglied ist. Dieses Seminars trug dazu bei, die Problematik auf die politische Ebene zu bringen. Ohne eine derart starke Beteiligung und ein solches öffentliches Bewusstsein laufen die Lissabonner Strategie und der Nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung Gefahr, lediglich schöne Worte zu bleiben.

### **Und wie steht es mit dem Wahlkampf selbst?**

Zwei Monate vor der Wahl waren die politischen Manifeste noch nicht allgemein bekannt. Einige Parteien hatten schon ihre Spitzenkandidaten vorgestellt und die Wichtigkeit der Lissabonner Strategie betont, doch auf Manife-

ste zurückzugreifen ist stets besser, um mehr über das politische Engagement in Erfahrung zu bringen. Der Wahlkampf hat übrigens recht spät begonnen.

### **Hat der Wahlkampf nationale oder europäische Themen berührt?**

Die Europawahl wird nicht unbedingt als die spannendste Wahl angesehen. Die Quote der Nichtwähler ist für gewöhnlich recht hoch. Diesmal wird die Europawahl aber als Gelegenheit betrachtet, um die Beliebtheit der portugiesischen Regierung zu messen – was eine Konzentration auf nationale Themen bedeutet. Andererseits gibt es aber auch europäische Themen, die im Verlauf dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments an Bedeutung gewonnen, wie etwa Krieg, der Europäische Stabilitätspakt, internationale Allianzen und Terrorismus.

Schaut man sich die Liste der Kandidaten an, so ist klar erkennbar, dass die politischen Parteien Portugals dieser Wahl eine große Bedeutung beimessen. Hier bietet sich eine vorzügliche Gelegenheit, die Problematik der Armut und sozialen Ausgrenzung aufzugreifen, und wir sind bereit, „das Beste“ aus dieser Situation zu machen.

### **Und es bietet sich auch die Gelegenheit, für das europäische Sozialmodell zu werben ...**

In der Tat. Das europäische Sozialmodell ist gefährdet, und die Menschen begreifen allmählich, dass die europäische Politik einen großen Einfluss auf die Zukunft dieses Modells haben kann. Zum ersten Mal wird ihnen klar, dass manche Entscheidungen eher in Brüssel als in Lissabon getroffen werden. Die Privatisierungswelle von öffentlichen Dienstleistungen ist hierfür ein sehr gutes Beispiel. Da es sich bei dieser Welle um eine europäische Welle handelt, wird vielen Menschen klar, dass diese Tendenz mit der Europawahl gestoppt oder eingeschränkt werden kann, denn bei der Wahl stellen die verschiedenen Parteien ihre Meinung zur Privatisierung vor.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Zukunft der Lissabonner Strategie. Eine unserer größten Sorgen ist, dass die Mitgliedstaaten die Zielsetzungen von Lissabon verfehlen und schließlich ganz aufgeben – was auch schon auf dem Frühjahrsrat erwähnt wurde.

Interview: F. Farrell



Sergio Aires, EAPN Portugal, Schriftführer des Exekutivschusses EAPN Europa



Ivo Šlosarčík, Direktor für Forschung am „Europeum“ Institut für Europapolitik, Prag

## „Innenpolitische Fragen stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfs“

Zum ersten Mal werden auch die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten an der Europawahl teilnehmen. Interview mit Ivo Šlosarčík, Direktor für Forschung am „Europeum“ Institut für Europapolitik, Prag (\*).

### EAPN: Hat der Wahlkampf im Vorfeld der Europawahl in der Tschechischen Republik große Aufmerksamkeit erlangen können?

**Ivo Šlosarčík:** Verglichen mit dem Wahlkampf für die – einflussreichere – untere Kammer des tschechischen Parlaments, hat der Wahlkampf zur Europawahl keine besondere Aufmerksamkeit erregt. Seine Intensität entspricht in etwa der des Wahlkampfs für den Senat, also der weniger einflussreichen oberen Kammer des nationalen Parlaments. Vergleicht man die eher begrenzte Anzahl an Sitzen für das Europäische Parlament (24 Abgeordnete für die gesamte Tschechische Republik) mit der Anzahl an Sitzen für das tschechische Parlament (200 + 81), so wird klar, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Wahlkampf zur Europawahl sehr vom Profil der Kandidaten abhängt.

Obwohl der Wahlkampf bis Ende April 2004 noch eher verhalten war, erwarten wir im Mai eine Intensivierung.

### Hat der Wahlkampf europäische oder nationale Prioritäten wiedergespiegelt?

Innenpolitische Fragen stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfs. Die Europawahl wird vor allem als ein weiteres Element des innenpolitischen Wettbewerbs zwischen den Parteien gesehen und auch als eine Art Test für den Zusammenhalt und den Fortbestand der gegenwärtigen tschechischen Regierungskoalition.

### Inwiefern hat sich die Zivilgesellschaft am Wahlkampf beteiligt?

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft war eher gering. Im Rahmen des Wahlkampfs zur Europawahl waren die Kommunikationskanäle zur Öffentlichkeit auch nicht anders als bei „normalen“ Wahlen. Die Partei „Ano pro Evropu“ („Ja für Europa“), die Elemente der Zivilgesellschaft klarer mit einbeziehen will, hat eher geringe Chancen auf Sitze im Europäischen Parlament.

### Wie sehen die Erwartungen in Bezug auf das neue Europäische Parlament aus?

Als Gesamteinstitution sollte das Europäische Parlament weiterhin als zweiter wichtiger Pfeiler des EU-Gesetzgebungsprozesses dienen (zusammen mit dem Rat). Es sollte auch weiterhin die Aktivitäten der Europäischen Kommission überwachen und der Stärkung moderner Regierungsformen in der EU Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Was die tschechischen Abgeordneten anbelangt, so erwarte ich, dass sie ein allgemeines Gleichgewicht finden zwischen der Interessenvertretung der Tschechischen Republik und den allgemeinen Interessen der europäischen Integration. Auf diese Art und Weise würden die Menschen in der Tschechischen Republik die EU weiterhin als greifbare Realität sehen.

Interview: P. Brandellero

(\*) Das Europeum Institut für Europapolitik ist eine non-profit, unparteiliche und unabhängige Expertenvereinigung. Es befasst sich schwerpunktmäßig mit Fragen der europäischen Integration und den sich daraus für die Tschechische Republik ergebenden Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bereich. Das Institut hat seinen Sitz in Prag. Website: [www.europeum.org](http://www.europeum.org)

### Niedrige Wahlbeteiligung in den neuen Mitgliedstaaten?

Laut einer im Februar 2004 veröffentlichten Eurobarometer-Befragung (von April 2003) zur öffentlichen Meinung in den Beitritts- und Kandidatenländern, wird die Wahlbeteiligung in diesen Ländern voraussichtlich extrem niedrig sein. Am ehesten werden die Bürger von Zypern (44 %) und Malta (43 %) an der Wahl teilnehmen. Am schlechtesten sehen die Prognosen für Estland (14 %) und Litauen (18 %) aus.

Die Befragung brachte auch zu Tage, dass Bürger in den Beitrittsländern erwarten, dass sich der Wahlkampf schwerpunktmäßig auf folgende Themen bezieht: Arbeitslosigkeit (68 %), innenpolitische Themen des jeweiligen Landes (56 %), Landwirtschaft (51 %) und Rechte als EU-Bürger (48 %). Themen von geringem Interesse waren die Aktivitäten des Europäischen Parlaments (20 %) sowie die institutionelle Reform der Europäischen Union (18 %).

Betrachtet man die Einzelwerte der jeweiligen Länder, so zeigt die Befragung, dass das Thema Beschäftigung bei 9 der 13 Beitritts- und Kandidatenländer an erster Stelle steht sowie bei mehr als 50 % der Bürger in zehn Ländern.

Siehe:  
[http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/cceb\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/cceb_en.htm)

## Sozialschutzsystem in Gefahr

In den Niederlanden hat es ebenfalls zahlreiche Kürzungen im Sozialversicherungssystem und im lokalen Kampf gegen Armut gegeben.

**W**ie so oft in solchen Fällen ist die Situation der Empfänger höchst gefährdet. Menschen in eine bezahlte Arbeit zu bringen, wird als ultimative Lösung angesehen, obwohl die Arbeitslosigkeit zunimmt und es folglich einen Mangel an bezahlter Arbeit gibt! Der Schlusspunkt des Sozialversicherungssystems wurde erneut geändert. Er ist jetzt das Arbeits- und Beistandsgesetz (*Wet, Werk en Bijstand*). Dies bedeutet einen klaren politischen Richtungswechsel. Die Schaffung von Arbeitsplätzen speziell für Langzeitarbeitslose mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt wird ab 1. Januar 2006 eingestellt. Das wird für viele Menschen eine Katastrophe sein. Die Angst um den Arbeitsplatz ist - wieder einmal - äußerst präsent.

Als EAPN Niederlande versuchen wir, unsere Rolle im Prozess des „Nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung“ wahrzunehmen. Leider haben wir festgestellt, dass Transparenz und die Beteiligung aller relevanten Akteure noch viel zu wünschen übrig lassen. Dieser wichtige politische Prozess wird zu sehr als Werbemittel für die eigene Regierungspolitik genutzt und zu wenig für die Durchführung einer zukunftsorientierten Politik.

Der dritte Runde Tisch zum Thema Armut, der im Oktober 2004 in Rotterdam stattfinden wird und an dessen Vorbereitung wir natürlich beteiligt sind, kann uns zumindest eine Gelegenheit bieten, in die Diskussion einzusteigen, und zwar auch auf europäischer Ebene.

Im Rahmen der demokratischen Beteiligung engagiert sich die Regierung stark für die anstehende Europawahl. Wir haben auch unser Scherflein beigetragen, indem wir unsere Zielgruppen dazu aufgerufen haben, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen, d.h. zur Wahl zu gehen. Das ist keine leichte Aufgabe angesichts der Kürzungen in den Bereichen Einkommen, Pflege, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung.

*Alida Smeekes - Jo Bothmer - EAPN Niederlande Foundation*



## Niederländische Präsidentschaft: Was steht auf der Speisekarte?

### Vorspeise

In den vergangenen 15 Jahren kamen unter den niederländischen Präsidentschaften zwei wichtige Verträge zustande: Maastricht und Amsterdam. Vor allem Letzterer kann als Bereicherung angesehen werden. Als EAPN Niederlande hoffen wir, dass die nächste Präsidentschaft den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein gutes Stück voran bringen wird. Groningen muss zur Messlatte werden, da das EAPN auf seiner Mitgliederversammlung einen klaren Standpunkt einnehmen kann. Das EAPN wird im Rahmen dieser Mitgliederversammlung auch Gelegenheit haben, sich direkt an Herrn de Geus, dem Minister für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, zu wenden, der als Ratspräsident für diese Thematik zuständig ist.

### Hauptgang

Die niederländische Präsidentschaftsagenda umfasst schwerpunktmäßig drei große Themen: 1) anhaltendes Wirtschaftswachstum, 2) Ausweitung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit, 3) eine aktive und wachsame Außenpolitik sowie:

- die Förderung der sozialen Eingliederung in einer erweiterten Europäischen Union;
- die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung;
- die Erfüllung der Ziele von Lissabon: die Kombination

eines angemessenen Sozialschutzniveaus mit einer stärkeren Politik der Anreizmaßnahmen im Bereich Beschäftigung;

- Fortsetzung der neuen Gemeinschaftsstrategie in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Konsolidierung und Vereinfachung des Besitzstandes (*acquis*), Förderung der Umsetzung von Gesetzen in kleinen und mittelgroßen Unternehmen und ein besserer Austausch von bewährten Verfahren;
- Abhalten einer informellen politischen Debatte zum Thema „Arbeit lohnend machen“;
- Bewertung der politischen Koordinierung im Bereich sozialer Eingliederung und Renten;
- Konzentration auf die Förderung der Gleichheit;
- Erarbeitung von ersten Vorschlägen für eine Richtlinie zum Kampf gegen Diskriminierung sowie Überarbeitung der Richtlinien im Bereich Gleichbehandlung von Männern und Frauen.

### Dessert

Kann es den Niederlanden gelingen, die Europäische Verfassung an allen Klippen vorbei durch den Rat zu führen? Zu diesem Menü wird ein herber Wein serviert, mit dem vollen Aroma der Kürzungen auf allen Ebenen – ausgenommen der Gehälter von Spitzenmanagern.

*A.S. – J.B.*

## DAS PROFIL VON EAPN NIEDERLANDE

Das niederländische Netzwerk bestand von Anfang an ausschließlich aus Selbsthilfe-Organisationen. Da wir der Überzeugung sind, dass die Menschen am besten wissen, was sie für eine Verbesserung ihrer Situation benötigen, lassen wir die Menschen selbst zu Wort kommen. Als EAPN Niederlande unterstützen, vermitteln und übertragen wir die Ergebnisse der Diskussionen mit unseren Zielgruppen bzw. leiten Ergebnisse an sie zurück.

Unsere „Reaktion auf den NAP/Eingliederung 2003-2005“ – darin auch die gekürzte Version der Aktionsplans – wurde an mehr als 1000 lokale Selbsthilfe-Organisationen, Beratungsstellen und Aktivisten verschickt, mit der Bitte, Einfluss auf die lokale und soziale Agenda zu nehmen. Wir arbeiten zur Zeit auch an einem Überwachungssystem, für das wir die nötigen Gelder aufzutreiben versuchen.

Als EAPN haben wir einen Sitz in der National Habitat Platform, wodurch der Beitrag der sozial ausgegrenzten und finanziell schlecht gestellten Menschen innerhalb eines wichtigen Beratungsgremiums der Regierung sichergestellt ist. Neben den gewöhnlichen und intensiven Aktivitäten rund um die nationale Sozialpolitik stecken wir momentan auch mitten in den Vorbereitungen für die hoffentlich erfolgreiche Mitgliederversammlung 2004 in der schönen Stadt Groningen.



# Das „Niederländische Modell“: Wird eine Illusion zu Grabe getragen?

Die Niederlande galten lange Zeit als europäischer Muster-  
schüler, insbesondere im Bereich Beschäftigung. Top oder  
Flop? Die Zahlen zeigen es ...

**N**och vor wenigen Jahren lobten die EU-  
Regierungen die niederländische Wirt-  
schafts- und Beschäftigungspolitik als  
Modellweg zu hohem Wachstum (der jährliche Durch-  
schnitt lag zwischen 1995 und 2000 bei 3,6 %). Was  
den Niederlanden aber vor allem ihren „Meistertitel“ ein-  
brachte, war ihr Rekord, die Arbeitslosigkeit niedrig zu  
halten: Im April 2002 betrug sie 2,6 %!

Der jüngste Gemeinsame Beschäftigungsbericht enthüllt  
jedoch, dass sich hinter dem niederländischen „Beschäfti-  
gungswunder“ eine Vollzeitbeschäftigungsrate (58,1 %)  
weit unter der Gesamtbeschäftigungsrate verbirgt (75,8  
% in der Gruppe der 20-64jährigen). Darüber hinaus lag  
die Vollzeitbeschäftigungsrate bei Frauen lediglich bei 42  
% (bei Männern 74,7 %) und somit zusammen mit Grie-  
chenland, Italien und Spanien am unteren Ende der EU-  
Länderliga. In beiden Fällen haben die Niederlande die  
zweifelhafte Ehre, die größten Kluften im Europa der 15  
für sich beanspruchen zu können.

## Teilzeit: Eine Notlösung?

Seit 1982-1983 gehen die Niederlande das Problem der  
Arbeitslosigkeit mit einer Verkürzung der Arbeitszeit an.  
Reduzierungen der Arbeitszeit wurden mittels ausgehan-  
delter Übereinkommen mit staatlicher Intervention, wie  
etwa der Gesetze von 1996, zustande gebracht. Die  
niedrigen Arbeitszeiten bestehen also aus ausgehandelter  
Kurzarbeit (in einigen Industriezweigen 36 Stunden pro  
Woche) und einem ausgiebigen Gebrauch der Teilzeitar-  
beit, insbesondere durch die Einstellung junger Menschen  
im öffentlichen Sektor und Anreize für Unternehmen, Teil-  
zeitmodelle auszuweiten.

Der Versuch, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu  
integrieren, ist natürlich wichtig; die Realität sieht aber so  
aus, dass sich die Teilzeit überwiegend an Frauen rich-  
tete, was in einigen Fällen dazu führte, dass sich eine  
bereits unsichere wirtschaftliche und soziale Situation wei-  
ter verschlechterte.

## Wie genau sieht die Armutsrate aus?

Der gemeinsame Bericht über die soziale Eingliederung  
2003 zeigt, dass zwar die allgemeine Armutsrate von  
Jahr zu Jahr stabil unter dem europäischen Durchschnitt  
gehalten werden konnte (11 % im Jahr 2001 gegenüber  
15 % in dem Europa der 15), junge Menschen aber am  
schwersten betroffen sind: 16 % der unter 16jährigen  
leben in Haushalten, die von Armut betroffen sind, und  
49 % der kinderlosen Singles unter 30 Jahren leben unter-  
halb der Armutsgrenze (die zweithöchste Rate nach  
Dänemark - 61 % - gegenüber 32 % im Europa der 15).

Die Zahlen für die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter  
zeigen noch ein anderes Bild. Einerseits lag die Armuts-  
rate unter Arbeitern im Jahr 2001 bei 8 % (1 % über dem  
europäischen Durchschnitt) sowie bei 23 % unter den  
Arbeitslosen (Männer 18 %, Frauen 24 %), verglichen mit  
38 % für die EU der 15. Betrachtet man aber die Vertei-  
lung auf einzelne Gruppen innerhalb der von Armut  
betroffenen Bevölkerung, so stehen die Niederlande wie-  
der sehr schlecht da: 46 % der von Armut betroffenen  
Menschen (die älter als 16 Jahre waren) haben eine  
Arbeit; gesamteuropäisch lag diese Quote bei 26 %.  
Alleinerziehenden geht es nur wenig besser: 45 % der  
Alleinerziehenden leben unterhalb der Armutsgrenze –  
das ist die zweithöchste Quote nach dem Vereinigten  
Königreich (50 %); der EU-Durchschnitt liegt bei 35 %.

## Eine Wirtschaft, die im Abstieg begriffen ist

2001 begann die niederländische Wirtschaft stark zu  
erlahmen und rutschte zu Beginn des Jahres 2003 in die  
Rezession. Während die Niederlande in den neunziger  
Jahren wegen ihres stabilen Wachstums und der niedri-  
gen Arbeitslosigkeit noch den Neid ihrer Nachbarn  
erregten, erlebten sie letztes Jahr zum ersten Mal seit  
1982 wieder ein vollständiges Jahr der Rezession (mit  
einem Rückgang von 0,8 % - was eines der schlimmsten  
Ergebnisse in der Eurozone ist).

Die Niederlande, die Frankreich und Deutschland wegen  
der Größe ihrer Defizite tadelten, könnten die europäi-  
schen Haushaltsregeln dieses Jahr selbst brechen, und  
zwar durch ein niedriges Wachstum, das zusätzlich  
durch eine steigende Arbeitslosenrate verschlimmert wird,  
die im Januar 2004 wieder auf 4,5 % kletterte.

Vincent Forest

Die Stimme der von  
Armut, Ausgrenzung  
und Ungleichheit  
Betroffenen muss  
gehört werden

Nr 106  
Mai-Juni 2004

Erscheint in Deutsch,  
Englisch, Französisch,  
Italienisch und Spanisch

Herausgeber  
F. Farrell

Redaktion  
V. Forest

Rue du Congrès 37-41 bte2  
B-1000 Brüssel  
tel. 32 2 230 44 55  
fax 32 2 230 97 33

E-mail: [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Internet: <http://www.eapn.org>

In Zusammenarbeit mit  
P. Brandellero  
C. Champeix  
C. Nolmans  
C. Fonseca

Bureau de dépôt  
1600 Sint Pieters Leeuw 1



Mit der Unterstützung  
der Europäischen Kommission

Surfen Sie zu uns unter **WWW.eapn.org**